



Barthle-Brief

Nr. 65

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

24.3.2017

Thema der Woche:

60 Jahre Römische Verträge: Europa bleibt unsere Zukunft!

Der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden hat es gezeigt: Unser Europa wird von einer breiten Mehrheit getragen und der Populismus ist kein Selbstläufer. Vor 60 Jahren unterschrieben mutige Staatsmänner aus den sechs Gründungsstaaten der EWG wie Konrad Adenauer die Römischen Verträge, die die Grundlagen für unser Zusammenleben in Europa bis heute bestimmen.

Auf diesen Jahrestag können wir als Europäer und Deutsche mit Stolz zurückblicken. Europa hat Frieden und Wohlstand gebracht, diese wohl größten Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren. Nicht nur die politischen Vermächtnisse von Konrad Adenauer und Helmut Kohl fordern uns dazu auf. Gerade in einer Zeit, in der Gegner Europas versuchen, die Europäische Union zu zerstören oder wie Großbritannien sich von Europa zu isolieren, ist es Aufgabe von CDU und CSU, für Europa einzutreten und zu kämpfen.

Immer, wenn Europa vor großen Aufgaben stand, waren Christdemokraten Bundeskanzler. So ist es auch heute. Mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel werden wir die EU trotz des gegenwärtig schwierigen Fahrwassers voranbringen. Wir wollen nicht mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung, beim weltweiten Werben für Freihandel.

Klar, kann man die EU kritisieren. Es gab und gibt Krisen, Defizite und komplizierte Entscheidungsprozesse. Und es gibt Meinungsverschiedenheiten – kein Wunder bei 28 Mitgliedstaaten.

Und trotzdem gilt: Die EU ist das Beste, was Europa passieren konnte. Nach Jahrhunderten von Konflikten und Kriegen schafft die EU seit Jahrzehnten einen stabilen Frieden in Europa – inmitten einer Welt mit vielen bewaffneten Konflikten.

Die Europäische Einigung ist eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte: Die Mitgliedstaaten sind beim Handel mit Waren und Dienstleistungen eng verflochten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind europaweit mobil. Mit seinen inzwischen mehr als 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger bildet die Europäische Union einen der wohlhabendsten Wirtschaftsräume der Welt.

Doch die EU ist mehr als ein Binnenmarkt und eine Währungsunion. Alle Mitgliedstaaten teilen gemeinsame Werte und das Bekenntnis zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Europas kulturelle Vielfalt ist eine Grundlage unseres Selbstverständnisses. Der respektvolle Umgang miteinander gehört zum Fundament der Union.

Für mich und für uns gilt dieser Satz auch weiterhin: Deutschland bleibt unsere Heimat, Europa unsere Zukunft!

Menschen effektiv vor Verbrechen und Kriminalität schützen

Schritt für Schritt sorgen wir auch in dieser Woche für mehr Sicherheit in unserem Land. Dabei setzen wir unter dem Stichwort Vermögensabschöpfung dort an, wo es Kriminellen besonders weh tut: beim Geld.

Vermögenswerte aus strafbaren Handlungen können zukünftig schneller, wirksamer und umfassender wieder entzogen werden. Das gilt auch für Diebesgut und andere Taterträge, die keiner konkreten Straftat zugeordnet werden können, die aber offenkundig aus kriminellen Aktivitäten herrühren. Insbesondere zur Bekämpfung von Einbruchsbanden, deren Aktivitäten zugenommen haben, geben wir damit Gerichten und Staatsanwaltschaften ein wichtiges Instrument an die Hand.

Auch bei der Terrorbekämpfung kommen wir einen weiteren Schritt voran. Wir beraten in dieser Woche das Fluggastdatengesetz, das die Verwendung von Fluggastdaten zur Verhütung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität ermöglicht. Denn eins ist klar: Terroristen und Kriminelle machen nicht vor Grenzen halt. Um Straftaten zu verhindern und aufzuklären, müssen wir wissen, wer wann per Flugzeug die Grenzen des Schengenraumes überschreitet.

Verantwortung übernehmen Endlager finden

Seit Jahrzehnten wird in Deutschland über die Endlagerfrage zum Teil erbittert gestritten. Nicht nur deshalb ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Energie- und Umweltpolitik die sichere, dauerhafte Endlagerung von hochradioaktiven Atomabfällen. Das Gesetz zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager ist auf diesem Weg ein entscheidender Schritt.

Ausgehend vom Prinzip der weißen Landkarte soll auf Grundlage des Gesetzes bis 2031 ein Ort bestimmt werden, an dem die entsprechenden Abfälle dauerhaft eingelagert werden können. Zuvor hatten Politik, Experten und interessierte Bürger jahrelang über Auswahlkriterien und Verfahren debattiert. Nun werden Fachleute nach wissenschaftlichen Kriterien den besten Standort auswählen. Den Planungen zufolge soll der Bau des Endlagers 2050 abgeschlossen sein. Da die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf eingebracht haben, besteht die berechtigte Hoffnung, dass nunmehr der bereits über Jahrzehnte andauernde gesellschaftliche Konflikt gelöst werden kann.

Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

In erster Lesung diskutieren wir Regelungen, um die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer zu erleichtern, für den Fall, dass insbesondere von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Dazu schaffen wir Vorschriften, wonach Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben.

Zudem stärken wir die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann.

Wir ziehen damit auch ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Fall Amri, die SPD hat diesen Änderungen leider erst nach dem schrecklichen Terroranschlag auf

dem Breitscheidplatz zugestimmt. Zuvor hatte sie entsprechende Vorschläge unseres Bundesinnenministers noch abgelehnt.

KfW senkt Mindestinvestitionssumme bei Einbruchsschutz auf 500 EUR

Beim auf Betreiben der Union eingerichteten KfW-Programm zur Förderung von Maßnahmen zum Einbruchsschutz sind die Konditionen angepasst worden: Bisher benötigte man als Mieter oder Eigentümer eine Mindestinvestitionssumme von 2.000 EUR, um einen Zuschuss bei der KfW beantragen zu können. Diese Mindestinvestitionssumme ist nunmehr auf 500 EUR abgesenkt worden. Bei Einzelmaßnahmen zum Einbruchsschutz werden förderfähige Investitionskosten von mindestens 500 EUR bis maximal 15.000 EUR pro Wohnung oder Haus bezuschusst.

Einzelmaßnahmen zum Einbruchsschutz sind etwa der Einbau einbruchhemmender Haus- und Wohnungstüren, von Türspionen oder der Einbau von Türzusatzschlössern oder Querriegelschlössern mit/ohne Sperrbügel. Gefördert wird auch der Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster, Balkon- und Terrassentüren sowie einbruchhemmender Gitter und Rollläden (z. B. aufschraubbare Fensterstangenschlösser, Pilzkopfverriegelungen) oder der Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen wie z. B. Kamerasystemen. Detaillierte Informationen sind unter www.kfw.de/einbruchschutz zu finden.

Die Pkw-Maut kommt – endlich!

Aus Sicht der CDU Baden-Württemberg ist heute ein guter Tag. Lange Jahre haben wir für eine Pkw-Maut gekämpft, nun ist sie endgültig beschlossen. Es ist sicher kein Geheimnis, dass wir uns die Umsetzung etwas anders vorgestellt haben. Nach unseren Beschlüssen hätte es die Maut für alle gegeben und damit auch nicht den ganzen Ärger mit Brüssel.

Nichtsdestotrotz ist es gut, dass das Projekt nun nach langem Hin und Her endlich final auf den Weg gebracht worden ist.

Die Maut schafft die Grundlage, dass alle Autofahrer an der Finanzierung der Straßeninfrastruktur angemessen beteiligt werden. Sie ist dabei nur ein Bestandteil der Finanzierung unseres Investitionshochlaufs. Mehr Haushaltsmittel und eine deutliche Ausweitung der LKW-Maut kommen hinzu und sorgen dafür, dass endlich die Mittel bereitstehen, die wir für die Instandsetzung und Instandhaltung unseres Bundesfernstraßennetzes benötigen.

Zuletzt wurde noch einmal Kritik laut, die meines Erachtens jedoch nicht stichhaltig ist. Um die Grenzregionen müssen wir uns keine Sorgen machen. Die Infrastrukturabgabe gilt für Ausländer nur für die Bundesautobahnen. Ich glaube nicht, dass Franzosen oder Schweizer wegen wenigen Euro Maut auf den Einkauf oder den Urlaub in Baden-Württemberg verzichten werden. Sollte es Ausweichverkehre geben, werden wir darauf reagieren. Zweifel an der Höhe der prognostizierten Einnahmen konnten in der Sachverständigenanhörung am Montag zerstreut werden. Die Frage, ob die Infrastrukturabgabe europarechtskonform ist, wurde von der EU-Kommission als „Hüterin der Verträge“ klar mit Ja beantwortet. Es bleibt also dabei: nach jahrzehntelangem Ringen kann die PKW-Maut nun kommen.

Zitat

«Was ich nicht vermissen werde, ist, mir bei jeder Äußerung dreimal zu überlegen, ob da auf der Zunge nicht ein Halbsatz schlummert, den man lieber drin lassen sollte.»

(Alt-Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich seines Abschieds aus dem Amt)